

TOP: 1.3.1
Sitzung
D. BV2 am: 20.05.2020



CDU KÖLN

Fraktion in der Bezirksvertretung Köln-Rodenkirchen

CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Köln-Rodenkirchen · Bezirksrathaus · 50996 Köln

Gleichlautend

Herrn Bezirksbürgermeister
Mike Homann
Hauptstraße 85
50996 Köln

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker
Hist. Rathaus
50667 Köln

Eingang beim Bezirksbürgermeister:

AN/0650/2020

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen)	20.05.2020

Änderungsantrag zu AN/0585/2020 Godorfer Hafen: Verlagerung der Fa. Theo Steil

ehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,

die CDU-Fraktion bittet, folgenden Änderungsantrag auf die Tagesordnung der Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen am 20. Mai 2020 zu setzen.

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, auf die Bezirksregierung Köln einzuwirken, eine öffentliche Erörterung im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens über die Ansiedlung der Fa. Steil im Hafen Godorf - mit den erforderlichen Pandemie-bedingten Einschränkungen - durchzuführen und dazu einen Termin noch vor der Sommerpause vorzusehen.

Die Bezirksvertretung Rodenkirchen appelliert an die HGK AG - aufgrund der ohnehin schon entstandenen Verzögerungen im Genehmigungsprozess - der Fa. Theo Steil einen längeren Verbleib im Hafen Deutz einzuräumen. Hierfür soll die Verwaltung mit der HGK Gespräche aufnehmen.

Der Rat wird gebeten, diese Anliegen zu unterstützen.

Begründung:



CDU KÖLN

Fraktion in der Bezirksvertretung Köln-Rodenkirchen

Der Erörterungstermin zur Behandlung aller eingereichten Einwendungen war ursprünglich für den 03.06.2020 in Wesseling terminiert. Die Bezirksregierung hat diesen Termin unter Hinweis auf den Corona-Virus und den nicht zu gewährleistenden Schutz der Teilnehmer abgesagt.

Die Bezirksvertretung erkennt an, dass die Bezirksregierung Köln in ihren Ermessensspielräumen rechtlich korrekt handelt. Sie ist davon überzeugt, dass die Bezirksregierung Köln als Genehmigungsbehörde alle Einwendungen rechtlich angemessen in ihrer Entscheidungsfindung berücksichtigen wird.

Die Bezirksvertretung hat Verständnis für die Haltung der Bezirksregierung Köln, auch in Corona-Zeiten einem Antragsteller in den gesetzlichen Fristen eine Entscheidung mitzuteilen.

Die Bezirksvertretung bedauert aufgrund der kontroversen Diskussionen allerdings sehr, dass der Erörterungstermin gänzlich abgesagt wurde. Sie appelliert an die Bezirksregierung, die Möglichkeit eines Erörterungstermins bei einer Reduzierung der Teilnehmerzahl z.B. durch Ausübung von Vertretungsvollmachten mit den Einwendern zu prüfen, um möglichen Vertrauensverlusten bei der örtlichen Bevölkerung in genehmigungsrechtliche Verfahren entgegen zu wirken.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Schykowski

gez. Pavegos